



Rechtsprechungsübersicht aktuell

Ausgabe August 2014

Inhaltsübersicht

Zivilsenate

1. 4 U 57/13 **Urteil vom 20.05.2014**
Heilmittelwerbung, Kinesiologie, kinesiologische Behandlung, Wirkungsangaben
2. 5 U 190/13 **Urteil vom 19.05.2014**
Definition eines Gebäudes nach dem NachbG NRW
3. 5 U 207/13 **Urteil vom 05.06.2014**
widerlegbare Vermutung
4. 7 U 77/13 **Urteil vom 17.06.2014**
unentgeltliche Vermittlung von Gebrauchtfahrzeugen, Autohändler, Gefälligkeit, Vollkaskoversicherung
5. 17 U 114/13 **Urteil vom 23.06.2014**
Regievertrag, Anwendung der HOAI
6. 26 U 4/13 **Urteil vom 01.07.2014**
Schmerzensgeld von 50.000,- € für den Funktionsverlust der Schulter
7. 26 U 60/13 **Urteil vom 06.06.2014**
Radfahrer, Unfall, Haftungsquote, verkehrsberuhigter Bereich, entgegen der Fahrtrichtung
8. 26 U 112/13 **Urteil vom 17.06.2014**
Aufklärung über die Möglichkeit einer Schwangerschaft trotz Sterilisation

9. 26 U 131/13 **Urteil vom 04.07.2014**
craniomandibuläre Dysfunktion, prothetische Versorgung
10. 32 SA 40/14 **Beschluss vom 11.06.2014**
Zuständigkeitsbestimmung, Verweisung, Bindungswirkung

Familiensenate

1. 4 UF 218/13 **Beschluss vom 05.06.2014**
Versorgungsausgleich, interne Teilung, Riesterrente
2. 5 UF 61/13 **Beschluss vom 17.03.2014**
Versorgungsausgleich, vorzeitiger Ruhestand, Zugangsfaktor, Halbteilungsgrundsatz, gesetzliche Rentenversicherung
3. 6 UF 125/13 **Beschluss vom 15.05.2014**
Zu den Anforderungen an einen Restitutionsantrag bei Vorlage neuer Unterlagen, die einen geringeren Zugewinn belegen.
4. 6 UF 15/14 **Beschluss vom 13.03.2014**
Versorgungsausgleich, Versorgungsanwartschaft
5. 6 WF 366/13 **Beschluss vom 11.04.2014**
Kostenhaftung
6. 11 WF 98/14 **Beschluss vom 17.06.2014**
Verfahrenskostenhilfe, Mutwilligkeit, Nichtgeltendmachen eines Anspruchs auf Verfahrenskostenvorschuss
7. 12 UF 59/11 **Beschluss vom 28.08.2013**
Herausgabeanordnung, kurzfristige Rückführung

Strafsenate

1. 1 RBs 164/13 **Beschluss vom 10.06.2014**
Leerbilder, Leerdatensätze, Leerfotos, Verdacht auf eine störanfällige Messstelle, Geschwindigkeitsmessung
2. 1 RBs 89/14 **Beschluss vom 18.06.2014**
Erkundigungspflicht nach Fahrerwechsel, Geschwindigkeitsbeschränkung
3. 1 RBs 105/14 **Beschluss vom 26.06.2014**
Bekanntgabe dem wesentlichen Inhalt nach, Verlesen, Urkunde, Zustimmung
4. 1 RBs 108/14 **Beschluss vom 03.07.2014**
Prozessuale Tat, irrtümliche Falschbezeichnung (bzgl. des Kennzeichens) im Bußgeldbescheid
5. 1 Vollz(Ws) 135/14 **Beschluss vom 03.07.2014**
Nichtraucherschutz, gemeinsame Unterbringung mit einem Raucher
6. 1 Vollz(Ws) 249/14 **Beschluss vom 01.07.2014**
Durchsuchung, Zimmer, Maßregelvollzug, Anwaltspost, Sichtung

7. **1 Vollz(Ws) 272/14 Beschluss vom 03.07.2014 und 299/14** Durchsuchung, Sicherheitsstandards, Paketempfang, Elektrogeräte, Fernsehen, Computer, Monitor, Besitz, Begriff der Maßnahme, Maßregelvollzug
8. **1 Vollz(Ws) 279/14 Beschluss vom 03.07.2014** Schriftform bei Rechtsbeschwerde der Maßregelvollzugseinrichtung, Durchsuchung, Sicherheitsstandards, Paketempfang, Elektrogeräte, Fernsehen, Computer, Monitor, Besitz, Begriff der Maßnahme, Maßregelvollzug
9. **1 Ws 324/14 Beschluss vom 26.06.2014** Beschleunigung in Haftsachen, Terminierung, Beweisantrag
10. **1 VAs 25/14 Beschluss vom 12.06.2014** Sachverhaltsermittlung, Umwandlungsverfahren, Strafhöhe

Zivilsenate

zu 1: 4 U 57/13 Urteil vom 20.05.2014
Heilmittelwerbung, Kinesiologie, kinesiologische Behandlung, Wirkungsangaben

Kinesiologische Behandlungsverfahren dürfen nicht mit fachlich umstrittenen Wirkungsangaben beworben werden, wenn in der Werbung die Gegenmeinung nicht erwähnt wird.

zu 2: 5 U 190/13 Urteil vom 19.05.2014
Definition eines Gebäudes nach dem NachbG NRW

Ein Spielturn für Kinder stellt kein Gebäude im Sinne von § 1 Abs. 1 NachbG NRW dar, wenn er den Eintritt eines erwachsenen, normal großen Menschen nicht gestattet.

zu 3: 5 U 207/13 Urteil vom 05.06.2014
widerlegbare Vermutung

Die Richtigkeitsvermutung des Grundbuchs erstreckt sich auch auf den sich aus dem Liegenschaftskataster ergebenden Grenzverlauf.

zu 4: 7 U 77/13 Urteil vom 17.06.2014
unentgeltliche Vermittlung von Gebrauchtfahrzeugen, Autohändler, Gefälligkeit, Vollkaskoversicherung

Übernimmt ein Autohaus aus bloßer Gefälligkeit die Vermittlung eines Gebrauchtfahrzeuges, kann der Auftraggeber den Abschluss einer Vollkaskoversicherung auf Kosten des Vermittlers nicht erwarten.

zu 5: 17 U 114/13 Urteil vom 23.06.2014
Regievertrag, Anwendung der HOAI

Auf Bauregieleistungen, die neben der Vollarchitektur ein Komplettpaket weiterer Leistungen zur Erstellung und Verwaltung eines Hauses beinhaltet, findet die HOAI keine Anwendung.

zu 6: 26 U 4/13 Urteil vom 01.07.2014
Schmerzensgeld von 50.000,- € für den Funktionsverlust der Schulter

Für den Funktionsverlust der linken Schulter erscheint ein Schmerzensgeld von 50.000,- € angemessen. Bei der Bewertung als grober Behandlungsfehler kann auch berücksichtigt werden, dass die gewählte Operationsart nicht die Methode der Wahl war und selbst fehlerhaft durchgeführt worden ist.

zu 7: 26 U 60/13 Urteil vom 06.06.2014
Radfahrer, Unfall, Haftungsquote, verkehrsberuhigter Bereich, entgegen der Fahrtrichtung

Stößt eine Radfahrerin, die den Radweg einer bevorrechtigten Straße entgegen der Fahrtrichtung befährt, mit einem aus einem verkehrsberuhigten Bereich auf den Radweg einbiegenden Radfahrer zusammen, kann eine Haftungsquote von 2/3 zu Lasten des Radfahrers und 1/3 zu Lasten der Radfahrerin gerechtfertigt sein.

zu 8: 26 U 112/13 Urteil vom 17.06.2014
Aufklärung über die Möglichkeit einer Schwangerschaft trotz Sterilisation

Die Beweislast für eine Verletzung der Informationspflicht einer erneuten Schwangerschaft hat die Patientin. Es muss daher sicher feststehen, dass der Hinweis auf die Versagerquote unterlassen worden ist.

zu 9: 26 U 131/13 Urteil vom 04.07.2014
craniomandibuläre Dysfunktion, prothetische Versorgung

Liegt bei einem Patienten eine craniomandibuläre Dysfunktion vor, muss zunächst eine funktionelle Therapie durchgeführt werden. Wird die endgültige prothetische Versorgung – ohne Abzuwarten – durchgeführt, liegt darin ein grober zahnärztlicher Behandlungsfehler.

zu 10: 32 SA 40/14 Beschluss vom 11.06.2014
Zuständigkeitsbestimmung, Verweisung, Bindungswirkung

Die von einem Verweisungsbeschluss wegen sachlicher Unzuständigkeit gem. § 281 Abs. 2 S. 4 ZPO ausgehende Bindungswirkung besteht auch dann, wenn das Landgericht entgegen § 5 ZPO mehrere geltend gemachte Ansprüche nicht zusammengerechnet hat und die Parteien der diesbezüglich im Vorfeld geäußerten Rechtsansicht des verweisenden Gerichts nicht entgegen getreten sind.

Familiensenate

zu 1: 4 UF 218/13 Beschluss vom 05.06.2014 Versorgungsausgleich, interne Teilung, Riesterrente

1. Eine externe Teilung eines Versorgungsanrechts zugunsten Rentenanwartschaften eines Ehegatten in der gesetzlichen Rentenversicherung ist nach Erteilung eines bindenden Altersrentenbescheides nicht mehr möglich.
2. Einer internen Teilung einer "Riesterrente" steht nicht entgegen, dass der Begünstigte eine solche wegen seines Alters (72 Jahre) nicht mehr selbst abschließen könnte.

zu 2: 5 UF 61/13 Beschluss vom 17.03.2014 Versorgungsausgleich, vorzeitiger Ruhestand, Zugangsfaktor, Halbteilungsgrundsatz, gesetzliche Rentenversicherung

1. Tritt der Ausgleichsverpflichtete vor Ende der Ehezeit vorzeitig in den Ruhestand, stellt dies einen Umstand dar, der beim Versorgungsausgleich zu berücksichtigen ist. Dies gilt unabhängig davon, ob der Ausgleichsverpflichtete die Entscheidung alleine oder in Absprache mit dem Ausgleichsberechtigten getroffen hat.
2. Der Halbteilungsgrundsatz gebietet, dass bei der Ermittlung der zu übertragenden Entgeltpunkte ein fiktiver Zugangsfaktor zugrunde gelegt wird, der (nur) die Abschläge für die in der Ehezeit zurückgelegten Zeiten vorzeitigen Rentenbezugs erfasst.

zu 3: 6 UF 125/13 Beschluss vom 15.05.2014 Zu den Anforderungen an einen Restitutionsantrag bei Vorlage neuer Unterlagen, die einen geringeren Zugewinn belegen.

1. Ein Verfahrensbeteiligter ist verpflichtet, sorgfältig nach allen entscheidungsrelevanten Unterlagen zu forschen und schon leichte Fahrlässigkeit schließt die Zulässigkeit einer späteren Restitutionsklage aus. Dem Verfahrensbeteiligten ist überdies ein Verschulden seines Verfahrensbevollmächtigten und/oder seines gesetzlichen Betreuers zuzurechnen.
2. Werden im (Erst)Verfahren auf Ausgleich des Zugewinns weder der Verfahrensbevollmächtigte noch der gesetzliche Betreuer des psychisch erkrankten Verfahrensbeteiligten tätig, um alle Unterlagen zum Anfangs- und Endvermögen vorzulegen, dann kann dies einen Verschuldensvorwurf begründen mit der Folge, dass ein späterer Restitutionsantrag unzulässig ist.

zu 4: 6 UF 15/14 Beschluss vom 13.03.2014 Versorgungsausgleich, Versorgungsanwartschaft

Ist im Verfahren über den Versorgungsausgleich dem Gericht zum Zeitpunkt der Entscheidung eine Versorgungsanwartschaft nicht bekannt, kommt eine Berichtigung nach § 42 FamFG nicht in Betracht, wenn das Gericht aufgrund der später eingehenden Auskunft des Versorgungsträgers von der Anwartschaft Kenntnis erlangt.

zu 5: 6 WF 366/13 Beschluss vom 11.04.2014
Kostenhaftung

Die Kostenhaftung eines Verfahrensbeteiligten als Entscheidungsschuldner gemäß § 24 Nr. 1 FamGKG wird nicht dadurch beseitigt, dass die Kosten nachfolgend in einem Vergleich von einem anderen übernommen werden.

zu 6: 11 WF 98/14 Beschluss vom 17.06.2014
Verfahrenskostenhilfe, Mutwilligkeit, Nichtgeltendmachen eines Anspruchs auf Verfahrenskostenvorschuss

Verfahrenskostenhilfe ist wegen Mutwilligkeit der beabsichtigten Rechtsverfolgung zu versagen, wenn ein zuvor bestehender Anspruch auf Verfahrenskostenvorschuss nicht geltend gemacht worden ist, solange die vorschusspflichtige Person noch leistungsfähig war.

zu 7: 12 UF 59/11 Beschluss vom 28.08.2013
Herausgabeanordnung, kurzfristige Rückführung

1. Bei einem Wechsel von der Pflegefamilie zur Herkunftsfamilie ist jedenfalls dann nicht von einer überwiegend wahrscheinlichen Kindeswohlgefährdung auszugehen, wenn aufgrund zwischenzeitlich erfolgter Umgangskontrolle tragfähige Bindungen des Kindes auch zu seinen leiblichen Eltern bestehen und die leiblichen Eltern sowohl eine erhöhte Erziehungskompetenz als auch die erforderliche Bindungstoleranz aufweisen, die es dem Kind erlaubt, nach dem Wechsel den Kontakt zu seinen Pflegeeltern aufrecht zu erhalten.

2. Obwohl eine langsame Rückführung zu den leiblichen Eltern grundsätzlich den sanfteren und damit weniger Kindeswohlgefährdenden Weg darstellt, ist eine kurzfristige Herausgabeanordnung angezeigt, wenn ein Aufschub des Wechsels wegen der Streitigkeiten zwischen den leiblichen und den Pflegeeltern zu einem Loyalitätskonflikt und damit einer weiteren Belastung des Kindes führen würde.

Strafsenate

zu 1: 1 RBs 164/13 Beschluss vom 10.06.2014
Leerbilder, Leerdatensätze, Leerfotos, Verdacht auf eine störanfällige Messstelle, Geschwindigkeitsmessung

Zur Frage, ob eine Vielzahl von Leerdatensätzen das Gericht dazu drängt, weitere Aufklärung zu einer fehlerhaften Arbeitsweise des Geschwindigkeitsmessgerätes zu betreiben.

zu 2: 1 RBs 89/14 Beschluss vom 18.06.2014
Erkundungspflicht nach Fahrerwechsel, Geschwindigkeitsbeschränkung

Einen bloßen Bei- und Mitfahrer in einem Kraftfahrzeug trifft während der Fahrt grundsätzlich keine Pflicht, hinsichtlich der Beschilderung Aufmerksamkeit walten zu

lassen. Eine Erkundigungspflicht nach einem Fahrerwechsel hinsichtlich etwaiger geltender, durch Beschilderung gesetzter Geschwindigkeitsbeschränkungen trifft ihn im Regelfall nicht.

zu 3: 1 RBs 105/14 Beschluss vom 26.06.2014

Bekanntgabe dem wesentlichen Inhalt nach, Verlesen, Urkunde, Zustimmung

1. Beim Messprotokoll handelt es sich um eine „in einer Urkunde enthaltene Erklärung der Strafverfolgungsbehörden über Ermittlungshandlungen“, die keine Vernehmung zum Gegenstand haben (§ 256 Abs. 1 S. 5 StPO i.V.m. 71 OWiG). Insoweit besteht für die Verlesung kein Zustimmungserfordernis und dementsprechend auch nicht für die Bekanntgabe dem wesentlichen Inhalt nach (§ 78 Abs. 1 OWiG). § 77a Abs. 2 i.V.m. Abs. 4 OWiG greift nicht ein, da das Zustimmungserfordernis hier nur gilt, wenn es um Erklärungen geht, die nicht schon unter § 256 StPO fallen.

2. Bedarf die Verlesung des Schriftstücks keiner Zustimmung, so bedarf auch die Bekanntgabe seines wesentlichen Inhalts statt der Verlesung nach § 78 OWiG keiner solchen.

3. Die Zustimmung nach § 77a Abs. 3 OWiG zur Verlesung eines Schriftstücks umfasst nicht automatisch auch die Zustimmung zu einer Bekanntgabe des Schriftstücks seinem wesentlichen Inhalt nach.

zu 4: 1 RBs 108/14 Beschluss vom 03.07.2014

Prozessuale Tat, irrtümliche Falschbezeichnung (bzgl. des Kennzeichens) im Bußgeldbescheid

Die bloße – offensichtlich irrtümlich – falsche Angabe des Kennzeichens eines Fahrzeugs, mit dem ein Verkehrsverstoß begangen wurde, im Bußgeldbescheid, führt dann nicht zu der Annahme, dass es sich bei der abgeurteilten Tat und dem Tatvorwurf des Bußgeldbescheids um unterschiedliche prozessuale Taten handelt, wenn die Tatidentität anhand der übrigen Tatmerkmale zweifelsfrei feststeht.

zu 5: 1 Vollz(Ws) 135/14 Beschluss vom 03.07.2014

Nichtraucherschutz, gemeinsame Unterbringung mit einem Raucher

Zur Rechtswidrigkeit der Unterbringung eines Nichtrauchers gemeinsam mit Rauchern im Strafvollzug.

zu 6: 1 Vollz(Ws) 249/14 Beschluss vom 01.07.2014

Durchsuchung, Zimmer, Maßregelvollzug, Anwaltspost, Sichtung

1. "Zwingende Gründe" i.S.v. § 7 Abs. 5 MRVG NW sind solche, die die Durchsuchung gerade bei dem konkreten Betroffenen (seinem Raum, seinen Sachen, seinem Körper) rechtfertigen, wobei es gleichgültig ist, ob diese Gründe in der Person des Betroffenen gegeben oder sonstiger Natur sind. Es handelt sich um eine besonders hohe Stufe im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung. Konkrete Verdachtsmomente i.S. eines Verdachts auf einen bestimmten Verstoß müssen allerdings nicht vorliegen. Allgemeine

Gründe, die nicht konkret auf eine Durchsuchungsnotwendigkeit bei dem konkreten Betroffenen hindeuten, reichen indes nicht.

2. Soweit § 8 Abs. 3 MRVG NW die Postüberwachung untersagt, ist auch im Rahmen der Durchsuchung nach § 7 Abs. 5 MRVG NW eine Kenntnisnahme von Schriftstücken verboten. Allerdings darf das Personal der Maßregelvollzugseinrichtung solche Schriftstücke soweit sichten, bis es sich davon überzeugt hat, dass es sich nicht um verbotene Gegenstände handelt. Im Regelfall wird dazu eine grobe Sichtung des Briefkopfes und des Schriftbildes reichen. Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass gerade der Anwalt oder Verteidiger nur "getarnt" durch seinen Briefkopf inkriminierte Inhalte verbreitet, so ist ggf. auch ein "Anlesen" der Schriftstücke unvermeidlich.

zu 7: 1 Vollz(Ws) 272 u. 299/14 Beschluss vom 03.07.2014
Durchsuchung, Sicherheitsstandards, Paketempfang, Elektrogeräte, Fernsehen, Computer, Monitor, Besitz, Begriff der Maßnahme, Maßregelvollzug

1. Unter den Begriff der Maßnahme fällt jedes vollzugsbehördliche Handeln, das im Einzelfall auf die Gestaltung von Lebensverhältnissen mit zumindest auch rechtlicher Wirkung gerichtet ist. Die Maßnahme muss auf eine unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtet sein. Allgemeine Regelungen – wie hier – können daher nur insoweit Gegenstand der Anfechtung sein, wie sie bereits unmittelbare Wirkung im Einzelfall entfalten, nicht aber, wenn es zu ihrer Umsetzung noch des Erlasses von Einzelakten bedarf. Wird im Rahmen einer Anpassung von Sicherheitsstandards in allgemeiner Form für alle Untergebrachten einer Maßregelvollzugseinrichtung die Möglichkeit des Empfangs von Paketen auf sechs Stück pro Jahr begrenzt, handelt es sich nicht um eine Maßnahme in dem o.g. Sinne.

2. Zur Möglichkeit der Begrenzung des Besitzes diverser Arten von Gegenständen (insbesondere Elektronikgeräten) im Maßregelvollzug.

zu 8: 1 Vollz(Ws) 279/14 Beschluss vom 03.07.2014
Schriftform bei Rechtsbeschwerde der Maßregelvollzugseinrichtung, Durchsuchung, Sicherheitsstandards, Paketempfang, Elektrogeräte, Fernsehen, Computer, Monitor, Besitz, Begriff der Maßnahme, Maßregelvollzug

1. Für die Rechtsbeschwerde der Maßregelvollzugseinrichtung reicht die Einhaltung der (einfachen) Schriftform. Hierfür kann die Einreichung einer den Aussteller des Originals erkennen lassenden Kopie des Rechtsbeschwerdeschriftsatzes ausreichen, wenn deutlich wird, dass es sich nicht nur um einen Entwurf handelt.

2. Zur Möglichkeit der Begrenzung des Besitzes diverser Arten von Gegenständen (insbesondere Elektronikgeräten) im Maßregelvollzug.

3. Zum Begriff der Maßnahme i.S.v. § 109 StVollzG.

zu 9: 1 Ws 324/14 Beschluss vom 26.06.2014
Beschleunigung in Haftsachen, Terminierung, Beweisantrag

Zur Terminierung in Haftsachen, wenn die Stellung eines Beweisantrages auf Vernehmung eines (mutmaßlich) schwierig herbeizuschaffenden Auslandszeugen eine Terminierung in größerem Abstand erfordert.

zu 10: 1 VAs 25/14 Beschluss vom 12.06.2014
Sachverhaltsermittlung, Umwandlungsverfahren, Strafhöhe

Zu den erforderlichen Ermittlungen zur ausländischen Praxis bei Anwendung des Umwandlungsverfahrens in Bezug auf die Strafhöhe bei der Prüfung, ob ein Ersuchen zur Vollstreckung einer verhängten Freiheitsstrafe im Ausland gestellt werden soll.

Hinweis:

- ❖ Die Rechtsprechungsübersicht aktuell finden Sie ebenfalls im Bezirks-Infodienst unter "OLG Hamm/Dezernat 8/Informationen".
- ❖ Die in der Übersicht genannten Entscheidungen stehen Ihnen in der Rechtsprechungsdatenbank (**NRW**Entscheidungen) der Gerichte in Nordrhein-Westfalen im Volltext zur Verfügung.
- ❖ Die Datenbank im NRW-Justizportal ist auch direkt über die Adresse www.nrwe.de erreichbar.

Herausgegeben von der Pressestelle des Oberlandesgerichts Hamm, 59061 Hamm
verantwortlich: Richter am OLG Christian Nubbemeyer, Pressesprecher
☎ 02381 272-4925 * 📠 02381 272-528 * e-mail pressestelle@olg-hamm.nrw.de
www.olg-hamm.nrw.de